

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
BUND Landesverband Bremen e. V.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

14. Februar 2011

Thema: mögliche Standorte für Kohlendioxid-Endlager
Region: bundesweit, vor allem Niedersachsen und Bremen
Hintergrund: aktuell veröffentlichte Karte



Keine Kohlendioxid-Endlager in Niedersachsen und Bremen BUND: Technologie birgt große Risiken für Mensch und Natur

Eine aktuell veröffentlichte Karte zeigt bundesweit 408 Standorte, an denen Kohlendioxid endgelagert werden könnte, die meisten davon in Niedersachsen/Bremen und in der Nordsee, sogar im Weltnaturerbe Wattenmeer. Mithilfe der so genannten CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage) könnte dort künftig Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken oder der Industrie in tiefe Erdschichten verpresst werden. Die auf der Karte dargestellten Standorte beruhen auf Untersuchungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR).

Die Landesverbände Niedersachsen und Bremen des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) lehnen jegliche Speicherung von Kohlendioxid ab – in Niedersachsen, Bremen und anderswo in Deutschland. Denn die CCS-Technologie sei riskant und bringe enorme Risiken für Mensch und Umwelt mit sich. Dies habe eine kürzlich vorgestellte Studie noch einmal belegt. Mögliche Folgen seien:

- Durch die Endlagerung kann es zur Versalzung des Grundwassers kommen
- Der hohe Druck, der zur Verpressung des CO₂ in die Tiefe erforderlich ist, kann Leckagen oder sogar Erdbeben verursachen
- Entweichendes Kohlendioxid, das sich in Senken oder Tälern ansammelt, könnte zur Gefahr für die Bevölkerung werden

Das **Gutachten** hatte der BUND-Bundesverband in Berlin vorgestellt. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/ccsgesetz_stoppen/

„Die Sicherheit für Mensch und Natur kann bei dieser neuen Technologie nicht gewährleistet werden. Die Kohlendioxid-Speicherung dient lediglich dazu, klimaschädliche Kohlekraftwerke länger am Leben zu halten und ihnen ein grünes Image zu verschaffen“, sagt Stefan Ott, stellvertretender Geschäftsführer des BUND Niedersachsen. „CCS ist zudem nicht effizient, weil es den Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke um etwa 30 Prozent verschlechtert und mehr Kohle verbrannt werden muss, um die gleiche Menge Strom zu erzeugen wie in Kraftwerken ohne CCS.“ Die Energiekonzerne wollten mit der neuen Technologie vor allem die für sie lukrativen Strukturen der Energieversorgung zementieren. Dies verhindere den Ausbau erneuerbarer Energien und trage dazu bei, dass sich die Konzerne vor ihrer Verantwortung für mehr Klimaschutz drückten.

Der Umweltverband fordert eine Abkehr von der Technologie. Stefan Ott: „Der niedersächsische Ministerpräsident McAllister sollte sich nicht nur für ein gesetzlich

verankertes Mitspracherecht der Länder einsetzen, sondern dafür, dass die klimaschädlichen Kohlekraftwerke in Deutschland schnellstmöglich abgeschaltet werden können.“ Denn auch mit CCS ausgerüstete Großkraftwerke eigneten sich nicht als flexible Regelkraftwerke zur Ergänzung erneuerbarer Energien. Stefan Ott warnt: „Niedersachsen hat schon genug Probleme mit dem Atommüll, das Land braucht keine weiteren Endlager, die erneut mit hohen Risiken für Mensch und Natur verbunden sind.“

Martin Rode, Geschäftsführer des BUND Bremen fügt hinzu: „Es ist völlig unklar, ob die sichere Endlagerung des Kohlendioxids über mehrere tausend Jahre funktioniert. Die Risiken werden vor allem die Bundesländer und damit die Steuerzahler und die betroffenen Regionen tragen.“

Eine Karte mit den möglichen Standorten und mehr Informationen zum Thema finden Sie im Internet unter:

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/

Rückfragen zum Thema

- Stefan Ott, stellv. Landesgeschäftsführer, BUND Niedersachsen, Tel.: (0511) 965 69 – 13, E-Mail: stefan.ott@nds.bund.net
- Martin Rode, Landesgeschäftsführer, BUND Bremen, Tel. (0421) 790 02 - 0, E-Mail martin.rode@bund.net

Pressekontakt

- Carla Juhre, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, BUND Niedersachsen, Tel.: (0511) 965 69 -39, E-Mail: carla.juhre@nds.bund.net, Internet: www.bund-niedersachsen.de